

Pisa – zwischen Reformeifer und Ratlosigkeit

Von Volker Heiduk, BKB-Vorsitzender

Vor drei Jahren hat die Schulleistungsuntersuchung Pisa Deutschland aus satter Selbstzufriedenheit aufgeschreckt. Eine Bildungskatastrophe von erschreckenden Ausmaßen wurde offenkundig. Heute steckt das Land in einer großen Reformdebatte, bei der allerdings nicht selten Lautstärke mit Wirksamkeit verwechselt wird und bisweilen, wie zuletzt in Niedersachsen gezeigt, auch förderalistische Bildungskleinstateerei fröhliche Urständ feiert.

Verunsicherte Eltern fragen sich zu Recht: Geht mein Kind in die richtige Schule? Hat es den richtigen Lehrer? Der beklemmend enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg ist eine elementare Schwäche unseres Bildungssystems geworden. Bildungsverantwortliche der Vergangenheit und Entscheidungsträger der Reformwerkstätte „Bildung“ sind allerdings Menschen, die mit der täglichen Realität von zwei Drittel der deutschen Schüler nie konfrontiert wurden und werden. Ihre persönliche Bildungsbiographie hat über die Gymnasien geführt und mit der beklagten Misere nur wenige Berührungspunkte.

Unbestritten sind viele der Reformen sinnvoll und richtig. Trotzdem fehlt die langfristige, strategische Perspektive. Vorrangiges Ziel des Reformwillens muss die nachhaltige Veränderung in 20 Jahren sein. Die heutige Diskussion hat zu definieren, was Bildung leisten muss, um den Anforderungen in 20 Jahren begegnen zu können. Wenn man allerdings nicht weiß, wohin die Reise gehen soll, drohen Reformen zu kosmetischen Korrekturen zu geraten.

Hauptschulen wurden sehenden Auges zu Restschulen amputiert

Das heutige Bildungssystem schafft zwei elementare Probleme: Künftig ist der wachsende Bedarf an Spitzenkräften in Deutschland nicht zu decken, weil bereits zu Beginn der Schulzeit die Chancen vieler Kinder verspielt werden. Das Arbeitslosigkeitsproblem wird sich verschärfen, da die Hauptschulen sehenden Auges zu Restschulen amputiert wurden und eine Wissensgesellschaft für jun-

ge Menschen ohne Basiskompetenz keine Verwendung mehr hat.

Heute noch lässt das babylonische Stimmengewirr in der Reformdebatte die zwei Hauptziele nicht klar genug erkennen: Schüler brauchen effektive Lernstrategien, nicht das Abarbeiten von Lernplänen. Die Schule muss individuelle Lernangebote machen, die die Unterschiede der Schüler berücksichtigen statt zu früh zu selektieren.

Eine grundlegende Erkenntnis der Pisa-Studie ist, dass alle erfolgreichen Bildungsnationen es geschafft haben, mit unterschiedlichen Voraussetzungen in der Schülerschaft umzugehen. Das ist bei uns eindeutig nicht der Fall.

Schüler brauchen effektive Lernstrategien, nicht das Abarbeiten von Lernplänen

Die heißdiskutierte Ganztagschule ist zwar eine notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Schulsystem, nicht aber ihre einzige Bedingung und erst recht kein Allheilmittel. Kurioserweise werden in Deutschland seit Jahrzehnten von der Abschaffung der Zwergschulen über die Gesamtschule bis hin zur Ganztagschule solche Debatten mit geradezu dogmatischem Eifer geführt. Die vergleichbaren Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen, dass es erfolgreiche Nationen mit allen möglichen Vorgaben gibt. So sind in der Spitzengruppe Länder mit Gesamt-, aber auch mit mehrgliedrigen Schulen gelandet. Wir haben also über Jahrzehnte Streitigkeiten um des Kaisers Bart geführt.

Entscheidend ist bei den Ganztagschulen, dass ein ganztägiger Bildungsauftrag und eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den schwächeren Schülern stattfindet. Die Ganztagschule darf nicht als reine Verwahranstalt geführt werden. Ob Ganztagschule, Sprachintegration, Schulevaluation oder Bildungsstandard: Alle diese Vorhaben sind sicherlich sinnvoll. Aber ohne strategische Neuausrichtung wird sich letztlich die erhoffte Besserung nicht einstellen. Zwar schwappen jetzt in Deutschland Reformwellen über die Schulen hinweg, aber Raum zur kreativen Umsetzung wird Lehrern und Schülern nicht gege-

ben. Die Schule scheint nach wie vor im Denken der Bildungspolitiker und -bürokraten mehr das letzte Glied einer Befehlskette zu sein, das nach ihren Vorstellungen zu funktionieren hat.

Frustrierend ist hier die bayerische Position. Der ständige Hinweis darauf, dass zwar Deutschland im letzten Drittel der Pisa-Studie der OECD gelandet ist, dass aber in der Rangliste der Bundesländer Bayern knapp gefolgt von Baden Württemberg und Sachsen vor allem in Mathematik und in den Naturwissenschaften Spitzenreiter ist, ist Schönfärberei. In keinem Bundesland legen so wenig junge Menschen aufgrund der fatal frühen Selektion das Abitur ab wie in Bayern. Mit der Spitzenposition innerhalb Deutschland ist Bayern so gut wie das Mittelplatzland Schweden innerhalb der Pisa-Studie. Ein Grund zum Jubeln ist das wahrlich nicht, zumal 70 Prozent der Leistungsschwankungen zwischen den einzelnen Schulen und nur zehn Prozent zwischen den Bundesländern begründet liegen.

In keinem Bundesland legen so wenig junge Menschen das Abitur ab wie in Bayern

Die schon legendäre Helene-Lange-Schule in Wiesbaden ist nicht gerade eine Schule im Sinne der bayerischen Schulpolitik. Sie verstößt als integrierte Gesamtschule mit ihrer Schülermitbestimmung bei den Stundenplänen, mit fehlender Notengebung in der fünften und sechsten Klasse nebst der Abschaffung des Sitzenbleibens, mit wochenlangen Theaterproben statt Paukunterricht gegen bildungspolitische Dogmen des Freistaats. Erstaunlicherweise aber nimmt gerade diese Schule, die alles anders macht, einen Spitzenplatz in der Pisa-Studie ein, weit vor dem in Bayern so hoch gepriesenen eigenen Pisaplatz.

Es gibt also auch bei uns noch sehr viel zu tun. Damit sind verunsicherte Eltern mit der Frage zurückgelassen: Geht mein Kind in die richtige Schule und hat es den richtigen Lehrer? Unser Bildungssystem ist bedauerlicherweise auf eine negative Auslese angelegt. Die Ansicht vieler Lehrer, wer im Unterricht nicht

mitkomme, habe auf der Schule nichts zu suchen, ist inakzeptabel und ein Standpunkt, den sich Deutschland nicht leisten kann. Obwohl wir über die homogensten Lerngruppen der OECD-Staaten verfügen (bereits nach vier Jahren erfolgt die Verteilung auf drei verschiedene Schulformen), ist unser Schulsystem von der Lehrerkollegium überschattet, dass die Schüler zu unterschiedlich seien. Offensichtlich teilen die Bildungsverantwortlichen diese Meinung, sonst würde nicht die verhängnisvolle frühzeitige Selektion, die aus kinder- und schulpsychiatrischer Sicht ein Fehler ist, weiterverfolgt werden. Was auch unser bayerisches Bildungssystem braucht, ist vor allem ein kritischerer Umgang mit der Selbstzufriedenheit über eine angeblich so erfolgreiche Bildungspolitik, weniger Selektion, mehr Förderung und ein anderes Umfeld für die Lehrer. Nur so kann mehr Raum für Kreativität und individuelle Lösungen geschaffen werden.

Sollte sich diese Erkenntnis durchsetzen, kann die Reformdebatte ungeachtet der zuletzt stattgefundenen Eiertänze zwischen Lernmittelfreiheit und Schulgeld doch noch mittelfristig zu einem positiven Ergebnis führen.

In eigener Sache

Neue BkB-Homepage wird gut angenommen

Von Michael Schmitz, BKB-Webmaster

Die Website des Bildungswerks für Kommunalpolitik Bayern (BKB) (www.bkb-bayern.de) wird gut angenommen. Die Seite wird nicht nur regelmäßig aufgerufen. Durch Rückmeldungen auch über die Grenzen Bayerns hinaus wissen wir, dass auch die Gestaltung ankommt.

Da sich der Umfang der Seiteninhalte seit Januar vervielfacht hat, wurden mit der Umstellung auf den neuen Seminar kalender einige Änderungen vorgenommen. Die Themen werden nun den Referenten zugeordnet. Zusätzlich werden die Seminarthemen im Bildungsangebot verlinkt, so dass Sie direkt Zusatzinformationen zu den aktuellen Bildungsangeboten bekommen können.

Weiterhin ist es auf den regionalen Angebotsseiten möglich, eine Einladung im PDF-Format auszudrucken. Damit haben Sie die Möglichkeit, diese Informationen auch an die Mitglieder ihrer Orts- oder Kreisvereine weiterzugeben, die noch nicht online sind. Ich bitte Sie, davon regen Gebrauch zu machen. Für Ihre Vorschläge werde ich auch weiter ein offenes Ohr haben.

Leider war die Resonanz auf unser Newsletter-Angebot noch nicht sehr groß. Die ersten 250 Freien Wähler haben die Juli-Ausgabe des freien Wählers erstmals im PDF-Format bezogen. Davon waren etwa 190 Mittelfranken! Es wäre sehr schön, wenn andere Bezirke nachziehen und so unsere Versandkosten verringern würden.

SEMINARKALENDER 3/2004

Termin	Referent	Thema	Veranstaltungsort
Oktober			
01.10. Fr	Dr. Mayer-Leixner	GIS-Integration von Karten und Plänen als Grundlage kommunaler Planungen und Entscheidungen	Schwaben
02.10. Sa	Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person	Oberfranken – Krs Bayreuth
08.10. Fr	Rösch (Leiter)	Besichtigung Müllsortieranlage	Obb.-West
09.10. Sa	Taubmann	Rechte und Pflichten im Gemeinderat	Oberpfalz
15.10. Fr	Stallmeister	Öffentlichkeits- und Pressearbeit in der Kommune	Obb.-West
15.10. Fr	Kaim	Rhetorik Teil I	Schwaben
16.10. Sa	Kaim	Rhetorik Teil I	Obb.-Ost
16.10. Sa	Stallmeister	Effektives Arbeiten im Rathaus	Oberpfalz
22.10. Fr	Kleiber	Rückblick auf 10 Jahre Verwaltungsreform	Mittelfranken
22.10. Fr	Peetz	Arten und Rechtsformen öffentlicher Unternehmen	Unterfr.-Ost
22.10. Fr	Fuchs	Grundzüge des Abgabenrechts, Beiträge, KAG	Schwaben
29.10. Fr	Stallmeister	Öffentlichkeits- und Pressearbeit in der Kommune	Obb.-West
29.10. Fr	Graubmann	Erfolgreiche Jugendarbeit in den Gemeinden – KLEINES SEMINAR	Mittelfranken
29.10. Fr	Wamser	KAG, Beitrags- und Gebührenrecht	Oberfranken – Krs. Bayreuth
30.10. Sa	Stallmeister	Kommunalmarketing	Oberfranken – Krs. Hof
30.10. Sa	Kaim	Kostenersparnis durch Einsatz regenerativer Energien in den Kommunen	Mittelfranken
November			
12.11. Fr	Schmidt	Was ist bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu beachten	Schwaben
12.11. Fr	Kleiber	Einnahmequellen der Gemeinden – versiegen sie?	Obb.-West
12.11. Fr	Taubmann	Die Kalkulation von Benutzungsgebühren	Oberpfalz
12.11. Fr	Stallmeister	Kommunalmarketing	Niederbayern
19.11. Fr	Stallmeister	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Unterfr.-Ost
19.11. Fr	Wagner	Das neue Baugesetzbuch – Ausblick auf die aktuelle Bayerische Bauordnung	Schwaben
20.11. Sa	Stallmeister	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Niederbayern
20.11. Sa	Kaim	Rhetorik Teil I	Oberpfalz
20.11. Sa	Kleiber	Einnahmequellen der Gemeinden – versiegen sie?	Obb.-Ost
26.11. Fr	Schmitz M.	Neue Medien – Internet und Kommunen	Obb.-Ost
26.11. Fr	Dr. Dirnberger	Städtebauliche Verträge – das neue Baurecht	Obb.-West
27.11. Sa	Taubmann	Rechnungsprüfung in der Gemeinde	Mittelfranken
27.11. Sa	W. Schmidt	Die Kommune als öffentlicher Auftraggeber – Vergaberecht in der Praxis	Niederbayern

Stärkung der Heimatregionen – Eine Chance für ganz Bayern

von Bernhard Pohl, FW-Leitlinienreferent im Landesvorstand

Das Grundgesetz verlangt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Der Bundespräsident hingegen hat kürzlich erklärt, überall in Deutschland gäbe es große Unterschiede in den Lebensverhältnissen.



Wer sie ebnen will, der zementiere den Subventionsstaat. Ein offensichtlicher Widerspruch? Nur auf den ersten Blick. Die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ist etwas anderes als gleiche oder einheitliche Lebensverhältnisse“. Die Äußerung des Bundespräsidenten ist insofern bemerkenswert, als er damit eine Position in Frage stellt, die bislang weitgehend unbestritten war. Seine Äußerung zielte aber auch in eine andere Richtung: Horst Köhler zeigte auf, dass nicht alle Wohlstandsregionen im Westen und alle Notstandsgebiete im Osten liegen. Diese Feststellung trifft zu. Die unreflektierte Darstellung vom West-Ost-Gefälle ist genauso ein Zerrbild wie die Behauptung „Der Osten jammert, dem Westen geht es wirklich schlecht“. Der Bundespräsident hat mit seiner Äußerung ein Zeichen gesetzt. Er hat neben Kritik auch viel Zustimmung erfahren - ein Zeichen, dass entgegen öffentlicher Beteuerungen in den Köpfen vieler Politiker die Schaffung und Zementierung regionaler Unterschiede fest verankert ist.

Die politische Realität zeigt es längst: In Deutschland wie in Bayern werden die Regionen vernachlässigt. Die Metropolen und insbesondere ihre um sie herum wachsenden Speckgürtel gewinnen, die Regionen verlieren, manche davon bluten langsam aus, und zwar nicht nur im Osten. Dies ist entgegen landläufiger Meinung keine Zwangsläufigkeit von Globalisierung und Fusionen. Der wachsende Zentralismus zu Lasten der Regionen ist eine notwendige Folge eindeutiger Richtungsentscheidungen.

Die klare Bevorzugung von München und Oberbayern bei regionalen Investitionen ist allgemein bekannt.

Schließlich ist auch die Osterweiterung der Europäischen Union eine schwere Belastung insbesondere der bayerischen Grenzlandregionen. Die Aufnahme dieser Beitrittsländer – von der Türkei und anderen Kandidaten noch gar nicht zu reden - wird zu einer Nivellierung des Wohlstands führen. Der Westen wird weniger, der Osten mehr haben. Hauptleidtragende werden dabei die an der Grenze zu den Beitrittsländern liegenden Ge-

biete sein. Dort wird sich der Wohlstand am schnellsten angleichen – zu Lasten insbesondere unseres bayerischen Grenzlandes.

Die Metropolen gewinnen, die Regionen verlieren

Die Freien Wähler haben sich schon immer für den Erhalt und die Stärkung regionaler Strukturen eingesetzt. Letztendlich resultieren die Wurzeln der Freien Wähler aus dem Gedanken, sich für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzusetzen. Daher kommt auch unsere Forderung nach einer ideologiefreien Politik. Indem wir uns um die örtlichen Belange gekümmert haben, haben wir dazu beigetragen, unseren Mitbürgern nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wieder eine Identität zu geben. Durch unser Wirken in der Kommunalpolitik haben die Freien Wähler dazu beigetragen, den Menschen ein neues Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln. Sie haben den von den Nazis missbrauchten und geschändeten Begriff der Nation durch einen neuen ersetzt: Den Begriff der Heimat. Heimat grenzt nicht aus, sondern integriert. Heimat schafft Zusammengehörigkeit und Gemeinschaftssinn. Werte, die den Freien Wählern wichtig sind.

Diese Ausführungen sind die Antwort auf die Frage, warum sich die Freien Wähler für die Stärkung der Heimatregionen einsetzen. Zentralismus kennt fast keine Sieger, auch in den Metropolen nicht. Man stelle sich vor, die Metropole München boomt weiter zu Lasten der Regionen. Was bedeutet das? Es setzen Wanderungsbewegungen ein, denn wer nur in der Großstadt seine Chance hat, muss sie auch dort nutzen. Wanderungsbewegungen verändern aber die soziale Symmetrie. Die Preise in den Metropolen steigen sprunghaft an. So der Wohnungsmarkt: Schon jetzt ist das Mietniveau in München doppelt so hoch wie in vielen anderen Orten Bayerns. Steigender Zuzug verstärkt dieses Problem noch. Die Konsequenz: Höhere Löhne in den Metropolen werden durch höhere Wohnungskosten aufgeessen. Und in den Regionen? Dort stehen Wohnungen und Häuser leer. Sinkende Immobilienpreise vernichten Werte, Kapitalanlagen, Lebensplanungen.

Der Verlust von Industriearbeitsplätzen in den Regionen hat auch direkte Auswirkungen auf Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Neue Industriearbeitsplätze steigern die Kaufkraft und beleben Handel, Gastronomie und sonstige Dienstleister. Der Abbau dieser Arbeitsplätze hat auch einen Rückgang im Dienstleistungsbereich zur Folge.

Wolfgang Schäuble hat in seinem bemerkenswerten Buch „Scheitert der Westen?“ bereits in seinem Einleitungssatz festgestellt: „Ich bin kein Schwarzseher, aber ich bin Realist, und die Entwicklung seit 1990 ist weit weniger positiv als wir sie erwartet haben.“ Schäuble macht in diesem Buch deutlich, dass derzeit gewachsene Strukturen bedroht sind. Dem Mehr an Freiheit in der Wirtschaft und in der Gesellschaft stehe ein Weniger an Sicherheit gegenüber.

Flexibilität und Mobilität, das Streben nach Kostenersparnis in der Wirtschaft sind wichtig. Unternehmensverlagerungen ins Ausland oder an andere Standorte sind und bleiben Realität. Entscheidend aber ist, welche Antwort können wir darauf geben: Haben wir in den Regionen gesunde Organismen, die so etwas auffangen? Oder bedeutet das Aus eines großen Unternehmens den k.o. für eine ganze Region?

Einem Mehr an Freiheit steht ein Weniger an Sicherheit gegenüber

Stärkung der Regionen – dezentrale Strukturen? Das ist auch ein Programm für die Förderung der Familien. Wir beklagen einen starken Individualismus, hohe Scheidungsraten, immer mehr Singles. Ich meine, dass das Entstehen und die Festigung sozialer Bindungen in der örtlichen Gemeinschaft die Familie stärkt. Bundeswehrfamilien, die in dreißig Jahren zehn Mal umgezogen sind, werden das bestätigen.

Die Politik kann zwar nicht unmittelbar auf Entscheidungen der Wirtschaft einwirken, aber sie kann Rahmenbedingungen schaffen und dadurch die Regionen stärken. Tatsächlich schwächt sie die Regionen aber mit ihrem Totschlagsargument, dem Sparzwang. Nimmt man die Sparpolitik des Freistaats Bayern kritisch unter die Lupe, so fällt auf, dass Geld für unsinnige Politshows wie die Schaffung eines Verbraucherschutzministeriums, das es inzwischen gar nicht mehr gibt, einer Deregulierungskommission von Hänzler, deren Ergebnisse nicht umgesetzt werden und einer Verwaltungsreform, die voraussichtlich mehr kostet als sie nutzt, ausgegeben werden.

Die Flut an Gesetzen muss radikal beschnitten werden

Auch diese Verwaltungsreform trägt nicht zur Stärkung der Regionen bei. Im übrigen ist sie auch inhaltlich nicht zielführend. Anstatt Behörden in der Fläche zu schließen oder aus Gründen scheinbarer Kostenersparnis zusammen zu legen, müsste erst einmal die Voraussetzung für eine Verwaltungsreform ge-

schaffen werden: Die Staatsregierung müsste sich entschließen, radikal die Flut an Gesetzen und Verordnungen zu beschneiden. Unsere Forderung: Erst weniger Bürokratie, dann weniger Verwaltung. Mehr Bürokratie bei weniger Verwaltung führt zu einem Verlust an Qualität, an Bürgernähe und letztlich zum Kollaps. Deregulierung ist möglich. Das Saarland macht es uns vor. Was dort geht, kann in Bayern nicht unmöglich sein! Traurig, dass wir uns zwischenzeitlich diejenigen zum Vorbild nehmen müssen, über die wir vor zehn Jahren noch hämisch gelacht haben.

Eine Stärkung der Heimatregionen bringt den ganzen Freistaat nach vorn. Wenn die Staatsregierung flächendeckende Impulse setzt, macht sie aus einstigen Armenhäusern tatsächlich blühende Landschaften. Einen wichtigen, vielleicht den wichtigsten Impuls für unsere Heimatregionen kann der Freistaat

aber setzen, wenn er die fundamentale Forderung der Freien Wähler endlich vorbehaltlos umsetzt: Die finanzielle Stärkung der Städte, Kreise und Gemeinden! Wir fordern, dass die Landespolitik der Kommunalpolitik endlich das Vertrauen entgegenbringt, das sie auch verdient. Das Vertrauen nämlich, verantwortungsvoll mit Steuergeldern auf der unteren Ebene umzugehen. Wir fordern eine Kompensation dessen, was der Staat den Kommunen durch die Missachtung des Konnexitätsprinzips in den letzten Jahren und Jahrzehnten angetan hat. Wir fordern mehr Geld zur Erfüllung unserer Aufgaben, mehr Geld für kommunale Investitionen. Damit können wir die Heimatregionen beleben und stärken. Damit können wir Impulse setzen für die heimische Wirtschaft, aber auch für die Stärkung des Ehrenamtes und für den Erhalt gewachsener, lebenswerter Strukturen.



Mit einer starken Mannschaft gehen Schwabens Freie Wähler mit dem Bezirksvorsitzenden Josef Rid (3. v. re.) in die kommenden Jahre

Bezirksversammlung der Freien Wähler Schwaben

FW wollen zweitstärkste politische Kraft in Schwaben werden

Auf der Bezirksversammlung der FW Schwaben am 31. Juli in Oy-Mittelberg haben der Bezirksvorsitzende, Bezirksrat Josef Rid und der stellvertretende Landesvorsitzende, Landrat Johann Fleschhut als Ziel ausgegeben, die Freien Wähler zur zweitstärksten politischen Kraft in Schwaben zu machen.

Bei der Neuwahl des Vorstands wurde Josef Rid in seinem Amt bestätigt. Seine Stellvertreter sind Agnes Schragl (Mindelheim), Dieter Wegerer (Nersingen) und Waltraut Wellenhofer, die zugleich das Amt der Bildungsbeauftragten inne hat. In weitere Vorstandsämter wurden gewählt: als Geschäftsführer Karl-Ulrich Hägele (Mertingen), zum Kassier Hans Weigele (Pfaffenhausen), als Justiziar Bernhard Pohl (Kaufbeuren), zur Jugendbeauftragte Petra Wengert (Augsburg) und Erika Mayer (Neusäß) als Pressereferentin. Die Riege der Beisitzer setzt sich zusammen aus: Manfred Dunkenberger (Memmingen), Herbert Karg (Kempten), Werner Berggold (Augsburg), Engelbert Reile (Dillingen), Claudia Beckerbauer (Aichach-Friedberg), Michael Gollmitzer (Günzburg), Friedrich Haag (Lindau) und Ingrid Lottholz (Oberallgäu) sowie Landrat Johann Fleschhut und Bezirksrat Andreas Knie.

Rid und Fleschhut forderten die Delegierten in ihren Reden auf, weiterhin mit Mut und Elan FW-Politik ohne ideologische Scheuklappen voranzutreiben. Sie kritisierten die Gesetzes- und Verordnungswut des Staates und verurteilten die Einengung des kommunalen Freiraums durch die bayerische Staatsregierung. Der Kürzungsorgie der Staatsregierung müsse Einhalt geboten werden, erklärte Landesvorstandsmitglied Bernhard Pohl. FW-Bezirksrat Andreas Knie konnte den Anwesenden in seinem Referat über den Bezirk keinerlei Hoffnung für eine Entlastung der Kommunen machen. Über das aktuelle BKB-Seminarangebot für kommunales Grundwissen referierte die Bildungsbeauftragte Waltraut Wellenhofer.

Leo Schrell siegt bei Landratswahl in Dillingen



Neuer Landrat von Dillingen ist Leo Schrell. Der FW-Kandidat konnte sich bereits im ersten Wahlgang mit 53,53 Prozent der Stimmen gegen seine Kontrahenten von CSU, SPD und Republikanern durchsetzen. Wir gratulieren Leo Schrell und den Dillingener Freien Wählern herzlich!



In historischen Gewändern zogen die Freien Wähler in Naila durch die Stadt, um die Bevölkerung zu ihrem Sommerfest „Hutz'n im Park“ am 5. September einzuladen. Jung und alt – insgesamt über 1000 Besucher – folgten der Aufforderung und amüsierten sich königlich. Ob beim Ponyreiten oder der Fahrt mit einer Mini-Eisenbahn, ob bei selbst gemachtem Kuchen oder leckeren Grill-Schmankerln, jeder kam bei diesem von den Freien Wählern veranstalteten Bürgerfest voll auf seine Kosten. Für die Nailaer Bevölkerung war klar: FW-Bürgermeister Frank Stumpf und seine tolle Truppe müssen im nächsten Sommer wieder ran!